

NACHRICHTEN

NPD soll verboten werden

BERLIN: Der deutsche Bundesinnenminister Otto Schily will die rechtsextremistische NPD verbieten lassen. In der rot-grünen Koalition wurde fest damit gerechnet, dass Schily am Montag in Berlin Bund und Ländern einen Antrag auf Verbot der NPD empfiehlt. Der SPD-Politiker trifft am Nachmittag die Innenminister mehrerer Länder, um das Vorgehen zu beraten. Die Ergebnisse werden anschliessend von Schily und seinen Kollegen aus Bayern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben.

Tumulte in Paris

PARIS: Begleitet von Tumulten hat am Montag in Paris der Prozess gegen drei hochrangige Anführer der baskischen Separatistenorganisation ETA begonnen. Der militärische Chef Javier Arizcuren-Ruiz alias «Kantauri», Angel Picabea Ullagade und der erst kürzlich bei Bayonne festgenommene Ignacio Gracia Arregui müssen sich gemeinsam mit sechs weiteren Angeklagten wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor einem Strafgericht verantworten.

Keine Einreise für Milosevics Sohn

PEKING: Dem Sohn des gestürzten jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic ist am Montag die Einreise nach China verweigert worden. Marko Milosevic, der im Besitz eines Diplomatenspasses ist, landete mit einem Aeroflot-Flug auf dem Flughafen von Peking, wurde aber nach Angaben russischer Journalisten zurück nach Moskau geschickt. «Diese Person ist nicht über Peking oder einen anderen Ort in China in das Land eingereist», hiess es in einer kurzen Mitteilung.

Rücktritt von Bulatovic

Die jugoslawische Bundesregierung trat unter Ministerpräsident Momir Bulatovic zurück

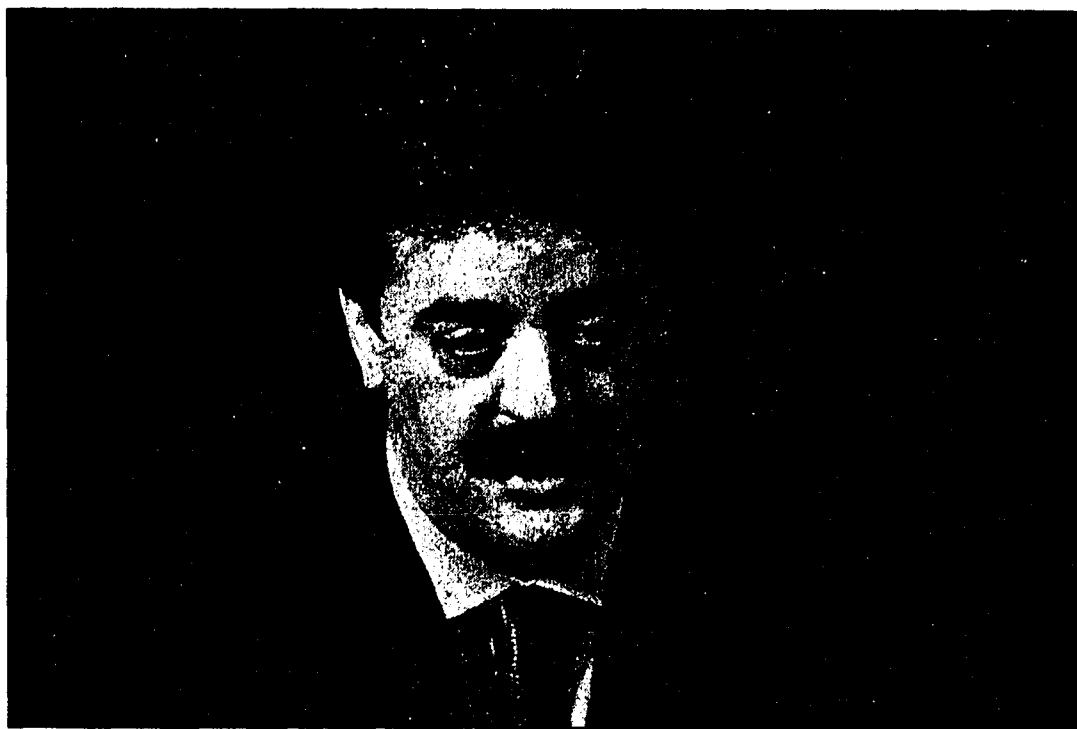
BELGRAD: Nach dem Machtwechsel in Jugoslawien haben die EU-Staaten ihre Sanktionen gegen Belgrad weitgehend aufgehoben. In Belgrad trat am Montag die jugoslawische Bundesregierung unter Ministerpräsident Momir Bulatovic zurück.

Auch der serbische Innenminister Vljako Stojiljkovic reichte seinen Rücktritt ein. Bis heute soll in der serbischen Teilrepublik eine Übergangsregierung mit Vertretern der Demokratischen Opposition Serbiens gebildet werden. Mitte Dezember finden vorgezogene Neuwahlen statt.

Aufhebung

Die Aussenminister der 15 EU-Mitgliedsländer einigten sich bei ihrem Treffen in Luxemburg auf eine weitgehende Aufhebung der Sanktionen. Sofort aufgehoben wird das Ölembargo. Auch das bisher befristet bis 2001 ausgesetzte Flugverbot von und nach Belgrad wird nach dem Beschluss der Aussenminister völlig abgeschafft.

Die Aufhebung des Öl- und Flugembargos wurde von den



Gestern gab der jugoslawische Ministerpräsident Momir Bulatovic seinen Rücktritt bekannt.

Ministern nicht an Bedingungen geknüpft. Der UNO-Beauftragte für das Kosovo Bernard Kouchner hatte in Luxemburg die Freilassung von rund 1000 Kosovo-Albanern aus serbischer Haft als Gegenleistung verlangt.

Das Verbot von Öllieferungen aus der EU an Serbien hatte nur geringe Auswirkungen gehabt.

Serbien erhielt grössere Öl- und Gaslieferungen aus Russland, der Ukraine und Rumänien. Die EU hatte als Ausnahme im Frühjahr von der demokratischen Opposition regierte Städte mit Heizöl versorgt.

3,6 Milliarden Franken

Die Aussenminister wollen Jugoslawien zudem im Rahmen

des Balkan-Stabilitätspaktes unterstützen. Über die Geldmittel wurde noch nicht entschieden. Im Gespräch waren aber rund 2,3 Milliarden Euro (etwa 3,6 Milliarden Franken), die bis 2006 nach Belgrad fliessen sollen. Aussenminister Fischer drang darauf, die Hilfen für Jugoslawien schnell anlaufen zu lassen. Über die konkreten EU-

Gelder soll Ende Woche auf dem EU-Gipfel in Biarritz gesprochen werden.

Dazu wurde der neue jugoslawische Präsident Vojislav Kostunica bereits eingeladen. Heute Dienstag will Hubert Védrine als Vertreter der EU Kostunica besuchen und über die Beschlüsse der EU informieren.

Wichtige Entscheide

Am Montag ergriff die politische Grundwelle auch die Institutionen der serbischen Teilrepublik: Das Oppositionsbündnis DOS konnte seine Macht festigen und wichtige politische Entscheide durchsetzen.

So musste der serbische Innenminister Vljako Stojiljkovic seinen Hut nehmen. Er kam damit der Behandlung eines gegen ihn eingebrachten Misstrauensantrages im serbischen Parlament zuvor. Er gilt als enger Vertrauter von Milosevic.

Die bisherige Opposition, die in diesen Gremien über keine Macht verfügte, konnte vorgezogene Neuwahlen des von Milosevic-Getreuen beherrschten Parlamentes erzwingen. Der Urnengang solle im Dezember stattfinden, erklärte der Vertreter des Parteienbündnisses DOS, Zoran Djindjic.

Weiterer Haftbefehl

Lethier kassierte fast 30 Millionen Mark

PARIS: In der Elf-Leuna-Affäre haben französische Ermittler nach dem deutschen Lobbyisten Dieter Holzer auch den zweiten Empfänger von Millionenprovisionen, Pierre Lethier, mit internationalem Haftbefehl zur Fahndung ausgeschrieben.

Die Staatsanwaltschaft in Paris bestätigte am Montag einen entsprechenden Bericht der Zeitung «Le Monde». Lethier hat Anfang der 90er Jahre 96 Millionen Franc (28,6 Millionen Mark/ 14,6 Millionen Euro) von dem damaligen Staatskonzern Elf-Aquitaine erhalten.

Holzer kassierte bei der Privatisierung der ostdeutschen Leuna-Raffinerie etwa 160 Millionen Franc (etwa 48 Millionen Mark/25 Millionen Euro).

Geld teilweise an «Dritte»

«Der Spiegel» zitiert in seiner jüngsten Ausgabe aus einem Schreiben des Genfer Ermittlungsrichters Paul Perraudin an die Augsburger Staatsanwaltschaft, wonach das Geld teilweise «an Dritte, öffentliche Bevollmächtigte, staatliche Entscheidungsbefugte, gewählte Vertreter und andere Mittelsleute überwiesen worden» sein soll.

Streit über Sicherheitsmängel

Greenpeace hält Castor-Boxen für unsicher

BERLIN: Zweieinhalb Jahre nach dem Skandal um überhöhte Strahlenwerte an Castor-Transportbehältern für Atommüll hält Greenpeace das Problem noch nicht für entschärft. Die Ursachen für die Verstrahlung der Behälter seien bis heute nicht geklärt, sagte die Umweltschutzorganisation gestern in Berlin.

Dagegen stuft das zuständige Bundesamt für Strahlenschutz die Transportboxen als sicher ein und wies den Vorwurf zurück. Laut Greenpeace wurden wichtige Konstruktionsmängel der Stahlkisten nicht

beobachtet. Das sei das Ergebnis einer Untersuchung, die Greenpeace in Zusammenarbeit mit Hannoveraner Wissenschaftlern der Gruppe Ökologie erstellt hat. «Seit dem Castorskandal vor zweieinhalb Jahren sind die Atombehälter kein bisschen sicherer geworden», sagte Veit Bürger, Energieexperte bei Greenpeace. «Transporte mit diesen Behältern zu genehmigen, ist verantwortungslos. Der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt wird auch bei den neuen Transporten auf der Strecke bleiben.»

Das Bundesamt wies auf geänderte Beladungstechniken

und geänderte Messprogramme hin. Damit solle sichergestellt werden, dass sich eine «Wiederholung des Verschweigens von Grenzwertüberschreitungen» nicht ereigne.

Am 22. September genehmigte das Bundesamt für Strahlenschutz den Transport von acht Atommüllbehältern aus den Atomkraftwerken Philippsburg, Stade und Biblis in die französische Wiederaufarbeitungsanlage La Hague. Für den Transport sollen laut Greenpeace französische Behälter eingesetzt werden. Die französischen Behälter haben nach Ansicht der Umweltschützer aber Schwachpunkte.

LUST AUF ZUKUNFT



FBP
Liechtenstein